

72-6-06. 2012.

Weichen gestellt für Entschuldung

RAT Gewerbe- und Grundsteuern rückwirkend erhöht

NACKENHEIM (wem). Um von den Mitteln aus dem kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF) profitieren zu können, hat der Gemeinderat Nackenheim in einer außerordentlichen Sitzung einige Änderungen auf den Weg gegeben. So werden rückwirkend zum 1. Januar 2012 die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer erhöht. Die Grundsteuer A steigt dabei von 290 auf 320, die Grundsteuer B steigt von 350 auf 400 und die Gewerbesteuer von 340 auf 360 Punkte.

Der Januar 2012 sei, so Ortsbürgermeister Heinz Hassemer (CDU), Stichtag gewesen, um noch in diesem Jahr von der KEF profitieren zu können. Die Erhöhung der Steuern bringe eine jährliche Mehreinnahme von 82 753 Euro. Damit würde allerdings der zu erbringende Betrag um rund 2000 Euro verfehlt. Die Summe könnte erreicht werden, wenn die Grundsteuer B nicht auf 400, sondern auf 402 Punkte erhöht würde.

SPD-Sprecherin Claudia Hippen kritisierte, dass die finanzielle Planungssicherheit der Bürger infrage gestellt werde. Diese Steuererhöhungen hätten keine ausreichende Diskussion gefunden. Ebenso seien die noch möglichen gemeindlichen Einsparungen nicht genügend ausgeschöpft.

Der Gemeindeanteil von jährlich 84 357 Euro soll zudem durch den Verkauf von Grundstücken im Neubaugebiet „Sprunk 2“ erwirtschaftet werden, erklärte Ortsbürgermeister Hassemer (CDU). Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes wird sich allerdings noch einige Zeit hinziehen. Auf keinen

IM RAT NOTIERT

► Die Anträge auf Zuschüsse aus der **Ehrenamtsförderung** wurden einstimmig unterstützt: Der Fußball-Club will die Fenster im Vereinsheim erneuern, die Initiative „Skater-Nackenheim“ will das Freizeitgelände vervollständigen, der Förderverein katholischer Kindergarten will ein neues Spielgerät, die TSG möchte die Heizungsanlage erneuern, die Freunde des Museumshofes wollen Fenster erneuern und der DRK möchte ein neues Heim.

Fall geschehe dies bis zum 30. Juni 2012. Damit müssten sich auch die Bewerber zum Ankauf dortiger Grundstücke noch gedulden.

Moritz Mergen (FDP) bemerkte, Steuererhöhungen blieben immer unpopulär. Zu diesen Maßnahmen gebe es keine Alternativen. Ähnlich äußerte sich auch René Adler (FWG). Er erinnerte, dass die fehlende Summe mit den Grundstücksverkäufen abzudecken, nicht akzeptiert werde.

Der CDU-Sprecher Jean-Christophe Cossutta warf der SPD vor, zunächst keinen Vorschlag zu dieser Lage gemacht zu haben und sich un einfach der Stimme zu enthalten.

Die Steuererhöhungen bezeichnete der FWG-Sprecher Heinz-Peter Zimmermann als zu hoch. Die Landwirtschaft mit den großen Flächen werde enorm belastet. Die Erhöhung der Hundesteuer hätte auch dazu beitragen können, das vorhandene Loch von 2000 Euro zu stopfen.